

ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024

*Antragsteller*in: Jakob Georg Lindenthal*

Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsberatungen

A4: Gesamtgesellschaftliche Resilienz und Verteidigungsfähigkeit stärken

Antragstext

1 Das Prinzip der nach innen und außen wehrhaften Demokratie ruht auf den
2 Schultern der gesamten Gesellschaft und hängt maßgeblich von ihr ab. Angesichts
3 der militärischen, hybriden und geopolitischen Herausforderungen der Gegenwart
4 und der kommenden Jahrzehnte steht die deutsche Gesellschaft vor der Frage, mit
5 welchem Selbstbild wir dieser Zukunft begegnen wollen. Hierzu braucht es einen
6 breiten Informations- und Dialogprozess mit klaren Zielstellungen. Wir müssen
7 unser Selbstverständnis als wehrhafte Demokratie klären und stärken. Die
8 Grundlagen unserer wirtschaftlichen und sozialen Existenz müssen offen
9 dargestellt und transparent diskutiert werden. Die daraus folgenden Schlüsse und
10 Maßnahmen müssen breit und anhaltend kommuniziert werden und in die strukturelle
11 Aufstellung Deutschlands als eine im Querschnitt wehrhafte, resiliente
12 Demokratie eingehen.

13 Der Fokus auf die militärische Verteidigung durch möglichen oder unmittelbaren
14 Waffeneinsatz muss erweitert werden. Zwar stellt die Einsatzbereitschaft der
15 Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte den Kern der akuten
16 Verteidigungsfähigkeit dar, doch die Stärke und Durchhaltefähigkeit einer
17 wehrhaften Demokratie kann nur durch eine gesamthaft funktionierende
18 Verteidigungsinfrastruktur erreicht werden. Hierzu sind das Bewusstsein der
19 Gesellschaft, die strukturelle Ausstattung des Gesamtstaates, der Logistik und
20 Infrastruktur sowie der Industrie mitsamt Lieferketten unverzichtbar.
21 Deutschland muss eine umsetzbare Gesamtverteidigungsstrategie entwickeln und
22 umsetzen.

23 Neben der Notwendigkeit der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten gerät
24 insbesondere der Zivilschutz häufig ins Abseits. Durch jahrzehntelange
25 Vernachlässigung seit dem Kalten Krieg ist er völlig ungenügend ausgestattet

26 sowohl für die Szenarien der zukünftigen geopolitischen Lage als auch des
27 Klimawandels und anderer Einsatzszenarien wie z.B. Pandemien. Die
28 Zivilschutzszenarien müssen fachlich fundiert aktualisiert und mit Strukturen
29 und Ressourcen hinterlegt werden. Es kann zur effizienten Ressourcennutzung und
30 Koordination die Einrichtung einer Zivilschutzagentur nach dem Vorbild Finnlands
31 angestrebt werden. Im Rahmen einer solchen Reform müssen Entscheidungs- und
32 Verwaltungsstrukturen verschlankt und strukturelle Dopplungen vermieden werden.

33 Gesamtgesellschaftliche Verteidigungsfähigkeit im Rahmen unserer freiheitlich-
34 demokratischen Grundordnung ist aktive Vorsorge für die Erhaltung des Friedens.
35 Der Vorwurf von Kriegstreiberei ist naiv und sinnlos. Vielmehr sollte das Primat
36 der Gesamtverteidigung dazu dienen, im Rahmen der geopolitischen Landschaft
37 einen konstruktiven Dialog zu etablieren, der hinterlegt ist mit der Fähigkeit,
38 die Leitlinien des Völkerrechts nach außen und der freiheitlich-demokratischen
39 Grundordnung nach innen abzusichern und durchzusetzen. Dazu müssen jetzt aktiv
40 die Leitbilder einer gesamtgesellschaftlichen Wehrhaftigkeit breit diskutiert,
41 kommuniziert und umgesetzt werden.

Begründung

Antrag aus der Schreibgruppe der AG Bundeswehr im Anschluss an die Rücküberweisung des Antrags A2 zur Sitzung der BAG Frieden im Mai 2024. Begründung erfolgt mündlich bzw. detailliert zur Änderungsfrist.